

Einfluß auf das politische Leben der Bevölkerung hatten als in anderen osteuropäischen Ländern. Überhaupt kann man feststellen, daß gerade die Orthodoxie in der Sowjetunion und in den sozialistischen Ländern, wo sie einen relativ großen Anteil der Bevölkerung repräsentiert, den Weg einer bedingten, aber doch deutlichen Loyalität eingeschlagen hat. Dieses Verhalten ist wohl auch auf die Erfahrungen der russisch-orthodoxen Kirche in der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der ersten Nachkriegsjahre zurückzuführen, wo sie durch die Bekräftigung ihrer Loyalität gewisse Zugeständnisse von seiten des Staates erreicht hatte. Auch die Tatsache, daß von den Führungen der kommunistischen Parteien, vor allem in der Sowjetunion und in Rumänien, die Orthodoxie als eine „einheimische“ Kirche betrachtet wird, der gegenüber die protestantischen Kirchen und die Katholiken als importierte Gemeinschaften gelten, bestimmt die unterschiedliche Strategie der Parteien gegenüber der Orthodoxie und den anderen Religionsgemeinschaften mit. Unter dem neuen außen- und innenpolitischen Kurs der rumänischen Partei und des Staats- und Parteichefs *N. Ceausescu* hat sich auch die Situation der Kirchen, in diesem Fall vor allem der Katholiken, etwas gebessert. Aber bis heute hat nur eine Diözese, Alba Julia, einen Diözesanbischof, Erzbischof *A. Marton*, der zwölf Jahre lang als Gefangener in seiner Residenz lebte. Die Diözese Jassy wird von einem Kapitularvikar geleitet, und in den restlichen vier katholischen Diözesen, darunter die Erzdiözese Bukarest, gibt es überhaupt keinen Bischof. Trotzdem konnten sich die rumänischen Katholiken bisher wenigstens im Kern behaupten.

Ähnlich ist die Situation in *Bulgarien*. Auch hier kann man in den letzten Jahren eine Entwicklung zwischen Staat und Kirche beobachten, die an manche Vorgänge in der Sowjetunion erinnert. Typisch dafür waren die Feierlichkeiten zum 1100. Todestag des Slawenapostels Kyrill, der von der bulgarischen orthodoxen Kirche mit großem Aufwand am 9. Mai 1969 gefeiert wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 340). Auf Einladung des bulgarischen Patriarchen *Kyryl* nahmen an den Festversammlungen in der Theologischen Akademie oder in der Alexander-Nevsky-Kathedrale in Sofia zahlreiche Würdenträger aus Ost und West, darunter als Vertreter des Papstes auch der französische Erzbischof *J. B. Maury* (Reims), teil. Die Regierung vertrat der Vorsitzende des Komitees für Kirchenfragen *Baleffski*, das in Bulgarien dem Außenministerium angeschlossen ist („Osteuropäische Rundschau“, Juni 1969).

Kurzinformationen

Die Fertigstellung eines neuen Rahmengesetzes für die Priesterausbildung gab Kardinal *G. Garrone*, Präfekt der Unterrichtskongregation, auf einer Pressekonferenz am 16. März 1970 in Rom der Öffentlichkeit bekannt (vgl. „Osservatore Romano“, 16./17. 3. 70). Das Dokument berücksichtigt weitgehend die „Adhortatio“ Pius' XII. „*Menti nostrae*“ (Über die Förderung der Heiligkeit des priesterlichen Lebens, vom 23. 9. 50, vgl. AAS 42 [1950] S. 657—702) und basiert auf dem Konzilsdekret über die Ausbildung der Priester. Eines der Grundmerkmale des neuen Dokuments besteht darin, daß es die Notwendigkeit zeit- und ortsgebundener Anpassungen und Modifikationen vorsieht. Damit sei, wie Kardinal Garrone betonte, das vom Konzil aufgestellte Prinzip, die nationalen Bischofs-

Daß der Staat auch hier auf ein erträgliches Verhältnis zur Kirche Wert legt, beweist auch das Interview, das ein Mitglied der Theologischen Akademie, Prof. *T. Sabeff*, dem ökumenischen Pressedienst gab. Sabeff beteuerte, daß die Kirche frei sei und jeder, der „durch Zwang oder Drohung die Mitglieder von anerkannten Religionsgemeinschaften an der freien Ausübung ihres Glaubens oder ihrer Riten und religiösen Handlungen hindert, bestraft wird“. „Auf Antrag“ könne der Staat den Konfessionen sogar finanzielle Hilfe gewähren. Daß diese Praxis für die Jugend nicht mehr gilt, mußte aber auch Prof. Sabeff einräumen: Die Ausbildung der heranwachsenden Generation falle dem Staat zu und „liege außerhalb des Tätigkeitsbereiches der religiösen Gemeinschaften“.

Vor einer neuen Wende?

Aber trotz Auflockerungen von unterschiedlicher Wirkung bestätigt sich der Gesamteindruck, daß sich das Ziel der kommunistischen Regierungen in den osteuropäischen Staaten im Kampf gegen die Religionsgemeinschaften nicht geändert hat. Man wendet neue zeitgemäßere, manchmal auch erfolgversprechendere Methoden an. Es muß aber festgestellt werden, daß sich in den letzten Monaten — seit den tschechoslowakischen Ereignissen im Jahre 1968 — der ideologische Kampf gegen die Kirchen in allen osteuropäischen Staaten intensiviert hat und auf ideologischem Gebiet größere Anstrengungen unternommen werden, um die „ideologische Festigkeit“ der Parteimitglieder wie der Gesamtbevölkerung zu stärken. Dafür sprechen u. a. der verstärkte Druck auf die Kirche in der ČSSR, neue Initiativen der polnischen Kommunisten im ideologischen Kampf gegen die Kirche, der u. a. auch in der Gründung einer neuen ideologischen Zeitschrift seinen Ausdruck fand. In der sowjetischen Presse erscheinen wieder öfters, und allem Anschein nach zentral dirigiert, Artikel mit Angriffen auf die Aktivität der Religionsgemeinschaften. Auch in Bulgarien ist gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über eine Reform des Schulwesens der ideologische Kampf intensiviert worden. Wenn es bis jetzt nicht zu einem neuen „Kirchenkampf“ im vollen Wortsinn gekommen ist, so hängt dies wiederum mit den außenpolitischen Zielen der Sowjetunion zusammen, die ihre gegenwärtige „Friedenspolitik“ und ihre Bemühungen um ein Zustandekommen der Europäischen Sicherheitskonferenz nicht mit einer neuen spürbaren Unterdrückung der Kirchen belasten will.

konferenzen hätten die konkreten Bestimmungen der „ratio institutionis“ selbst auszuarbeiten, während die Kongregation sie nur bestätige, im neuen Rahmengesetz strikt eingehalten worden. Außerdem entspreche es den Empfehlungen der ersten Bischofssynode, die die Ausarbeitung einer „ratio fundamentalis“ als Hilfe für die Bischofskonferenzen gefordert hatte (vgl. HK 21, 581—585). Es enthalte somit nur *Richtlinien* zu Händen der Konferenzen, die jedoch zugleich Grundlage und Möglichkeit der Kontrolle durch die Unterrichtskongregation bedeuten würden. Das Dokument sei in „engster Zusammenarbeit“ mit den Bischofskonferenzen erstellt worden: ein erstes, mit Hilfe von internationalen Experten ausgearbeitetes Schema ist zunächst allen der Kongregation unterstehenden Konferen-

zen zur Stellungnahme zugesandt, danach entsprechend den gemachten Vorschlägen überarbeitet, wiederum mit den Vertretern der Konferenzen auf einer Vollversammlung durchgesprochen, ihnen erneut zur Begutachtung übersandt und erst dann endgültig verabschiedet worden. Obwohl „nur“ vom Papst bestätigtes „Rahmengesetz“, habe es dennoch die Geltung eines Beschlusses und stelle eine Norm dar, deren Notwendigkeit die Bischöfe anerkannt und deren Hilfe sie gewünscht hätten. Die „Neuerungen“ des Rahmengesetzes betreffen vor allem Studienprogramme und Organisationen. Auf den Inhalt des Dokuments werden wir im nächsten Heft zurückkommen.

Äußerungen zur **Zölibatsfrage in Osteuropa** sind bisher nur von einzelnen Bischöfen oder in Artikeln kirchlicher Zeitschriften bekanntgeworden. „*Katolícké Noviny*“ (22. 2. 70) brachte einen Artikel des Apostolischen Administrators von Prag, *F. Tomašek*, der lediglich längere Auszüge aus der Ansprache des Papstes vom 1. Februar sowie aus seinem Brief an Kardinalstaatssekretär *J. Villot* (vgl. HK 24, 134 f.) zitiert und sich auf die kurze Bemerkung beschränkt, die Ansprache des Papstes vom 1. Februar sei seit der Zölibatszyklika 1967 die „bedeutendste“ gewesen und sei „offen“, „klar“ und „eindeutig“. Jede Anspielung auf die Stellungnahme der holländischen Bischöfe fehlt. In *Ungarn* erklärte der Erzbischof von Kalocsa und Vorsitzende der Bischofskonferenz, *I. Ijjas*, in einem Interview mit NC News Service auf eine entsprechende Frage wörtlich: „Die ungarischen Priester bezeugen auch in der Frage des Zölibats ihre absolute Treue gegenüber der Kirche.“ „*Glas Koncila*“, Zagreb (24. 1. 70), erklärte in einem Artikel zur These des fakultativen Zölibats, „was in der holländischen Kirche geschah, ist nicht und kann auch nicht unsere Sache werden: weder als Problem noch als Lösung“. Die slowenische *Zweiwochenschrift „Drudzina“* von Laibach (8. 2. 70) beschränkte sich auf einen ausführlichen Bericht über das holländische Pastorkonzil, nahm aber zum Problem des Zölibats nicht direkt Stellung. Differenziertere Stellungnahmen kamen von *Polen*. „*Tygodnik Powszechny*“, das Organ der ZNAK-Gruppe, brachte am 22. Februar 1970 den vollen Wortlaut des Papstbriefes an Kardinal Villot, dem der Chefredakteur *J. Turowicz* verschiedene Positionen zum Zölibatsgesetz folgen ließ. Der Papst habe sich zwar für die Beibehaltung der gegenwärtigen Regelung ausgesprochen, aber die Frage nicht absolut abgeschlossen, noch einen Dialog abgelehnt. „*Przewodnik Katolicki*“ von Posen (8. 2. 70) schrieb zur Zölibatsklärung der holländischen Bischöfe: „Die Abschaffung des Pflichtzölibats würde — abgesehen von den Auswirkungen auf das innere Leben — derart große praktische Schwierigkeiten bringen, daß die Pastoral der Kirche gelähmt würde.“ Die vornehmlich für Intellektuelle bestimmte *Wochenschrift* der regimefreundlichen PAX-Bewegung, „*Kierunki*“, meinte, daß für die holländische Zuspitzung in Polen die gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen fehlten. Schwierigkeiten mögen zwar bei einzelnen Geistlichen ziemlich verbreitet sein, doch in Polen müsse der Stellenwert der Zölibatsfrage in der Hierarchie und Reihenfolge der Bedürfnisse realistisch gesehen werden. Die harte Anklage Kardinal *Bengschs* gegenüber den Holländern haben wir bereits erwähnt (vgl. HK 24, 134). Verschiedene Anzeichen deuten jedoch auf ein differenzierteres Meinungsbild zur Zölibatsfrage in der DDR hin.

Staatliche Unterstützung für nichtprotestantische Kirchen in Schweden wurde im Februar von vier liberalen Abgeordneten des schwedischen Parlaments gefordert. Diese Unterstützung von 200 000 Dollar solle den katholischen, den griechisch-orthodoxen und den jüdischen Gemeinden helfen, ihre bisher so fruchtbaren Bemühungen um die Einwohner fortzusetzen. In der Resolution war besonders von den Leistungen der *katholischen Kirche* in Schweden die Rede, die mit ihren etwa 100 000 Mitgliedern die größte nichtprotestantische Glaubensgemeinschaft darstellt. Die Anstrengungen ihrer Priester, Nonnen und freiwilligen Helfer seien beispielhaft, ihr Einsatz selbstlos. Viele Einwanderer seien arm und hätten oft noch für Familienmitglie-

der in der Heimat zu sorgen. Sie könnten daher oft nicht dazu beitragen, die Aufwendungen der Kirche zu finanzieren. Ob dieser Antrag Aussichten auf Erfolg hat, bleibt allerdings abzuwarten. Denn bisher wurde die Haltung der Regierung gegenüber Katholiken und Orthodoxen öfters kritisiert. So hatte im Februar vergangenen Jahres der Bischof von Stockholm, *J. E. Taylor OMI*, dessen Diözese ganz Schweden umfaßt, der Regierung Diskriminierung der nicht der Lutherischen Staatskirche angehörenden Christen vorgeworfen (vgl. KIT, 30. 1. 69). Er wies darauf hin, daß das im Jahre 1951 erlassene *Gesetz über die Religionsfreiheit*, das größtenteils auf Betreiben der protestantischen Freikirchen zustande gekommen sei, im Grunde „eine wirkliche Beschränkung der religiösen Freiheit der katholischen Pfarrgemeinden“ darstelle, obwohl es dem einzelnen Gläubigen mehr Freiheit einräume. Nur mit Hilfe der Katholiken aus anderen Ländern sei es der katholischen Kirche möglich gewesen, die Einwanderungsprobleme einigermaßen adäquat zu lösen. Im Vergleich zu der wirtschaftlich gesicherten Position der Staatskirche oder zur immer weiter reichenden staatlichen Unterstützung nahezu aller sozialen, kulturellen oder künstlerischen Unternehmungen werde die katholische Kirche vernachlässigt. Private Spenden seien zudem nur dann von der Steuer abzugsfähig, wenn sie an die Staatskirche geleistet würden.

Die Kommission „*Justitia et Pax*“ der japanischen Bischofskonferenz sah sich Ende Februar zu einer „Erklärung zum Weltfrieden“ veranlaßt, die mit der Bitte an die japanischen Katholiken beginnt, sich Gedanken über die Zukunft der Nation zu machen und dafür zu beten, daß „ein Friede erreicht werde, der auf den Wahrheiten des Evangeliums“ gegründet ist. Um „ernsthafte Überlegungen zu unterstützen“, nennt die Kommission ihre Ansichten zum Problem des Friedens und zu der Haltung, die die Kirche in dieser Frage einnehmen sollte. Ausgehend von der Feststellung, daß die zukünftige Rolle Japans entscheidend von der öffentlichen Meinung im Lande beeinflusst werde, heißt es, die Christen müßten sich „bei der Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten“ von ihrem Gewissen leiten lassen, wobei es unter ihnen „unweigerlich verschiedene Ansichten“ über die Beurteilung einer Situation und über Programme geben könne. Konkret wenden sich die Autoren gegen eine drohende, in großem Umfang durchgeführte Wiederbewaffnung mit konventionellen Waffen und wiederholen ihre Warnung vor einer Nuklearbewaffnung. In Anbetracht des enormen wirtschaftlichen Aufschwungs Japans und der sich immer mehr abzeichnenden Vormachtstellung Japans in Asien befürchten sie einen zunehmenden Nationalismus, der sich gegenüber den benachbarten ärmeren asiatischen Völkern nur allzu leicht wieder als ein neuer Kolonialismus auswirken könne. Die Kirche unterstütze einen gemäßigten Patriotismus, solange er Gerechtigkeit walten lasse und die Kooperation zwischen bzw. unter den Nationen nicht behindere. Statt übermäßigen Stolzes auf die eigene Leistung solle man sich mehr der damit verbundenen Verantwortung gegenüber den anderen Nationen bewußt sein. Gerade die Christen seien aufgerufen, der Gefahr einer rein materiellen Sicht der Hilfe für andere Völker durch geistige Unterstützung und Anleitung zu begegnen. Sowohl gegenüber den unterprivilegierten Schichten innerhalb Japans als auch in ganz Asien trügen die Christen eine besondere Verantwortung. Wenn es nicht gelänge, hier die enormen Unterschiede zu beseitigen, werde sich der wirtschaftliche Abstand zwischen Japan und seinen Nachbarn erheblich vergrößern und zu großen Fehlentwicklungen führen, denen gegenüber die Kirche nicht indifferent bleiben könne. So müsse bei jeder Entwicklungshilfe das Anliegen des Empfängerlandes und nicht das wirtschaftliche Interesse Japans im Vordergrund stehen. — Diese Äußerungen müssen im Zusammenhang mit der zunehmenden wirtschaftlichen Expansion Japans und mit den Überlegungen zur Änderung der Verfassung von 1947, die eine Wiederbewaffnung ausschließt, gesehen werden. Der sich abzeichnende Rückzug der USA aus Asien dürfte Bemühungen für eine eigene Armee ebenso gefördert haben wie die Diskussionen um den auslaufenden Sicherheitspakt USA/Japan.

Der Nationale Rat zur Förderung der Beziehungen unter den Rassen in Neuseeland hat auf seiner konstituierenden Versammlung Anfang Februar in Hamilton (Neuseeland) den neuseeländischen, in Wellington residierenden Kardinal *P. McKeefry* zum Vizepräsidenten gewählt. Diese Institution, der über 100 Delegierte politischer, religiöser, gewerkschaftlicher und universitärer Verbände und Vereinigungen angehören, hat als erste die Errichtung eines *Maori-Studienzentrums* an der Universität von Waikato beschlossen (vgl. NC News Service, 25. 2. 70). Denn die Maori, die Ureinwohner des Landes, deren Anteil von 6,3% an der zu 92% weißen Gesamtbevölkerung (2,75 Millionen auf einem Gebiet, das um ein Zehntel größer ist als das der Bundesrepublik) zwar recht gering ist, bilden vor den Einwanderern von den polynesischen Inseln, den Indern und Chinesen die größte Farbengruppe. Aber die Maori wurden in Neuseeland nie zum eigentlichen Problem. Es ist vielmehr die wachsende Anzahl der *einwandernden Eingeborenen* von den Pazifischen Inseln, die in den Städten kompakte Siedlungsgemeinschaften bilden (allein in Auckland leben bei über 450 000 Einwohnern 20 000 Polynesier), deren sich fast ausschließlich die kirchliche Wohlfahrtspflege annimmt. (So war es denn wohl eine Geste der Anerkennung für die Arbeit der katholischen Sozialhilfe, die den Rassenrat zur Wahl des neuseeländischen Kardinals zum Vizepräsidenten bestimmt hat; die Katholiken machen nur 15% der Gesamtbevölkerung aus.) Der Soziologe *J. E. Ritchie*, der die Konferenz zur Konstituierung des Rassenrates organisiert hatte, sieht die Aufgabe dieser Institution zunächst einmal darin, das „Klima“ hinsichtlich der *Rassenfrage* in Neuseeland zu sondieren, damit den Anfängen gewehrt werden könne, da immer noch begründete Aussicht bestehe, das Rassenproblem im Lande zu bewältigen, bevor es außer Kontrolle gerate. *E. Hillery*, der Mount-Everest-Bezwinger, der das Hauptreferat hielt, wies darauf hin, daß sich rassistischer Geist darin zeige, daß viele Neuseeländer die Rassenpolitik Südafrikas gutheißen.

Einen statistischen Überblick über die Kirche in Äthiopien brachte der „*Osservatore Romano*“ vom 28. Februar 1970. Danach gibt es innerhalb des äthiopischen Staatsgebietes gegenwärtig acht katholische Zirkumskriptionen: eine Erzdiözese (Addis Abeba), zwei Diözesen (Asmara und Adigrat) drei Apostolische Vikariate (Asmara für die lateinischen Katholiken, Gimma, Harar), zwei Apostolische Präfekturen (Hosanna, Neghelli). In diesen kirchlichen Verwaltungsgebieten bestehen 194 Pfarreien oder Missionsstationen, die von 155 Weltpriestern, 341 Ordensmännern mit 79 Residenzen und 530 Ordensfrauen mit 76 Niederlassungen betreut werden. Von den rund 25 Millionen Einwohnern sind 55% Kopten, 35% Muslimen, 10% Animisten, 133 000 Katholiken und 120 000 Protestanten. In 200 *katholischen Schulen* verschiedener Grade werden über 32 000 Schüler unterrichtet. Der größte Teil des Weltklerus gehört dem koptischen Ritus an. In neun Seminaren studieren 360 Alumnen. Erwähnenswert ist die 1958 von einer Gruppe der „*Pie Madri della Nigrizia*“ gegründete katholische Universität von Asmara, an deren drei Fakultäten 1241 Studenten eingeschrieben sind. Zwei Drittel von ihnen sind Afrikaner, 25% davon Frauen. 34 Schwestern gehören dem Lehrkörper der Universität an. Etwa die Hälfte der Studenten sind Katholiken des lateinischen oder orientalischen Ritus. Ein großer Teil sind Kopten, Orthodoxe und Muslimen, aber auch Protestanten, Juden und Hindus studieren an der katholischen Universität. Regierung und Bevölkerung stünden der Universität wohlwollend gegenüber. Der Ordensnachwuchs in Äthiopien steige ständig an, so daß die Seminare der Kapuziner von Embakalla und Adi Ugri nicht alle Bewerber aufnehmen können. In Adi Ugri entstand unter dem Patronat der katholischen Bischofskonferenz ein *Zentrum der Begegnung* von Geistlichen verschiedener Riten und Konfessionen (Katholiken, nichtunierte Kopten sowie Orthodoxe), das aber primär der katholischen Glaubensinformation dient und wohl nur bedingt ökumenische Zielsetzungen verfolgt.

Bücher

Auferstehung — heute gesagt. Osterpredigten der Gegenwart. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn 1970. 183 Seiten. Kart. 9.80 DM.

Diese Sammlung von 32 Auferstehungspredigten ist ein spannendes Buch, obwohl kein Herausgeber Rechenschaft gibt über die Auswahl und ihren Sinn. Spannend für jeden, der die Dokumentationen der letzten Jahre über Tod und Auferstehung Jesu, meist bei G. Mohn erschienen, und ihre Auswirkungen auf die katholische Diskussion studiert hat. Hier findet man nun ihre Auswirkung auf die pastorale Praxis. Leider ist ein Drittel der z. T. sehr gescheiten Predigten von Professoren und Dozenten, der größere Teil des Rests von Großstadtpfarrern, Predigten für ein anspruchsvolles, gebildetes Publikum. Es überwiegt die Richtung von W. Marxsen, wonach „die *Sache* Jesu weitergeht“. Es wird weniger von der Hoheit der *Person* Jesu Zeugnis gegeben. Man darf wohl sagen, das ist fast alles ein intelligentes Stammeln. Nichts gegen das Stammeln, bei den Jüngern war es nicht viel anders. Aber die Sache mit der Intelligenz ist doch wohl ein Handicap, deutlich erkennbar an einer akademischen Predigt aus Dortmund: „*Auferstehung — Urdatum der Moderne*“, natürlich Anfang der Gesellschaftskritik. Auffallend häufig werden die schwierigsten Predigttexte gewählt: Luk. 24, 13 f. und Joh. 21, 1 f., von *H. Gollwitzer* (Berlin) und *W. Jetter* (Tübingen) am geistvollsten erklärt. Alle erdenklichen Perikopen kommen vor, nur nicht das Ur-Kerygma von Paulus 1 Kor. 15, 3 f. Das alles ist sehr spannend: Ist einer drunter, der es schafft, Auferstehung treffend, betroffen machend zu bezeugen? Doch wohl keiner! Trotz des beträchtlichen Aufwands ist ganz vergessen, daß nach Paulus Gott die erwählt hat, die vor der Welt nichts sind (1 Kor.

1, 28 f.), und daß man diese zuallererst erreichen sollte, so wie Jesus die wirklich armseligen Jünger in Galiläa erreicht hat? Man wünscht sich eine weitere Sammlung von Predigten unter genau demselben Thema, diesmal ganz zur Sache, einen Durchbruch durch die Kulissen moderner Sprachvorstellungen und Jargons aus der Tiefe der Meditation. Sollte es das nicht geben?

JOSEF SUDBRACK, Probleme — Prognosen einer kommenden Spiritualität. Echter-Verlag, Würzburg 1969. 160 Seiten. Kart. 8.80 DM.

Exodus eines hochgebildeten Spirituals und Kenners der Frömmigkeitsgeschichte aus den Klausuren von gestern in die Welt-offenheit von morgen, so könnte man dieses Buch für Anspruchsvolle nennen. Oder Abschied von der eigenen Ordenstradition. Sudbrack, bekannt durch seine Mitarbeit an „*Geist und Leben*“, sorgt sich letztlich um das glaubwürdige Zeugnis von Gott und das schlichte Beten der Weltmenschen. Aber der Weg dahin ist zu schwierig. Der Hauptteil: „*Verantwortung und Aufgabe vor der Tradition*“ ist untergeteilt: I. Actio und II. Contemplatio. In beiden Fällen geht es um die moderne These oder die „*anthropologische Wende*“ von K. Rahner, vorbereitet durch D. Bonhoeffer und Teilhard de Chardin, ob und wie man im Dienst am Nächsten Gott finden könne, mit ihren falschen Alternativen, z. B. „*unmittelbar zu Gott*“ oder „*vermittelt durch den Nächsten*“, und dem Vorschlag, der „*Theologie nach dem Tode Gottes*“ (ohne die es offenbar nicht mehr geht) entgegengestellt: „*Unmittelbar zu Gott im Dienst am Nächsten*“. Aber bewegt sich der subtile Theologe nicht ständig in Abstraktionen? Er will es ganz entschieden nicht. Er ist sich einig mit den besten Köpfen der Theologie hüben wie drüben, daß die